Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 62. VII. BAND 10. Juni 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

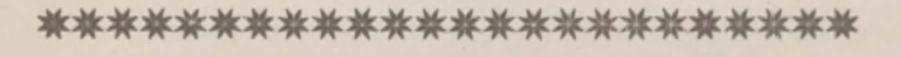
Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.



Nr. 62. 10. Juni 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Diesseits und jenseits der Front.

Die Rückschläge der russischen Revolution, die sich wirklich nicht leicht überblicken lassen, führen zu den verkehrtesten Schlüssen, besonders in der Polenfrage. Die Polen sind es nicht, die diese Rückwirkungen überschätzen. Sie geben sich Rechenschaft von der Bedeutung der Erklärungen der russischen Regierung und ihrer Allierten über die Unabhängigkeit Polens im internationalen Leben: andererseits aber wissen sie es gut, dass sogar bei den idealsten russischen Politikern der Idealismus nicht soweit greift, um etwas für Polen umsonst zu tun, dass in dieser oder in jener Form eine gewisse Gebundenheit Polens und Gegenleistungen verlangt werden. Dagegen sehen wir mit Verwunderung, dass diesseits der Front nichtpolnische Politiker öfters über Polen den Stab brechen in der Meinung, dass zwischen Polen und Russland die wichtigsten Reibungspunkte nicht mehr bestehen. Es könne daher ruhig von einer Rückgabe Polens an Russland gesprochen werden.

Wie denken darüber die hunderttausende intelligenter Polen, die aus ihrer Heimat evakuiert, jetzt in Russland leben? Die von ihnen herausgegebenen polnischen und auch die russischen Zeitungen berichten darüber ganz ausführlich. Die in ganz Russland, besonders aber in den Hauptstädten lebenden Polen zerfallen wie überall in zwei Lager: Nationalitsten und Demokraten. Die Zahl der letzteren war immer bedeutend und ist von Tag zu Tag zu einer überwiegenden Majorität geworden — schon aus dem Grunde, weil in Russland der Demokratismus im Schwunge ist und sämtliche

Elemente, die mit der Zeit gehen, mit sich hingerissen hat. Die russischen leitenden Politiker wollten das ganze Polentum an ihren Wagen spannen und, indem sie nicht nur ideelle, sondern auch tatsächliche Zugeständnisse machten (Liquidierung des für Polen bestimmten Beamtenpersonals, Aufhebung sämtlicher konfessionellen und nationalen Beschränkungen für die in Weissruthenien und in der Ukraina lebenden Polen, so dass jetzt in Kijew und in Mińsk das polnische Schulwesen aufblüht, usw.), waren sie gleichzeitig bestrebt, die Polen als Stosskraft für ihre Politik zu benutzen, selbstverständlich mit Hilfe von grossen polnischen Losungsworten. Zu einer solchen Parole wurde die polnische Nationalarmee. Der frühere Kriegsminister Gutschkow hat diese Frage angeschnitten und zwar im grossen Stil. Nach seinen Berechnungen soll die Zahl der jetzt noch im russischen Heer dienenden Polen über dreihunderttausend betragen. Es muss nämlich berücksichtigt werden, dass seit Herbst 1914 die dortigen polnischen Regimenter selten an die Front kamen, da öfters Ueberläufe stattgefunden haben. Gutschkow hatte die Agitation für eine Bildung der polnischen Armee mit allen Mitteln betrieben, z. B. er verfügte die Herausgabe der alten polnischen Kriegsfahnen aus der Zeit Kościuszkos und aus dem Jahre 1830/31 an die Agitationskomitees, um die Begeisterung der polnischen Soldaten zu entfachen. Der eigentliche Sinn dieser Bestrebungen tritt in der französischen Presse hervor. In der Meinung der Franzosen sollen die Polen Russland retten und Preussen vernichten (nicht mehr und nicht weniger!). Das einflussreiche französische Organ „La Lizele“ sagt in dem Leitartikel des Herrn Maurice Waleffe vom 2. Mai d. J. folgendes: „Aus Russland gelangen zu uns beängstigende Nachrichten . . . . Dies beachtend, müssen die Verbündeten ihre ganze Aufmerksamkeit Polen zuwenden. Morgen, am 3. Mai feiern die Polen ein grosses nationales Fest. Es ist zu bedauern, dass man in Paris aus dieser Veranlassung nicht einen

„Polnischen Tag“ veranstaltet hat. Wir dürfen nicht vergessen, dass die russische Armee 300,000 polnische Bajonette zählt. die zu einer Offensive gegen Deutschland drängen. Diese in der russischen Armee dienenden Polen sind unsere besten Agenten zur Bekämpfung der im Solde des „Kaisers“ stehenden Lenins und anderer Utopisten. Wir müssen daher zu lärmenden Polonophilen werden! Denn Polen wird Russland retten und Preussen vernichten (C'est la Pologne qui sauvera la Russie et qui tuera la Prusse).“ In diesem Sinne wurden an die polnischen Soldaten fulminante Aufrufe gerichtet, um die Leute, die sich natürlich nach ihrer Heimat und ihren Familien sehnen, zu fanatisieren . . . .

Wir kennen gut die eherne Kraft der deutschen und der österreichisch-ungarischen Ostfront; mit desto grösserer Genugtuung sehen wir, dass die armen Polen, zum Dienst in der russischen Armee verdammt, sich nicht zu einem Abenteuer hinreissen liessen. Die polnische in Russland lebende Demokratie hat es verstanden, dies Unternehmen zu verhüten. Jede Nummer der in Petersburg und in Moskau erscheinenden polnischen demokratischen Zeitungen berichtet über die emsige, unermüdliche Gegen-Agitation der polnischen Demokraten gegen diesen unseligen Gedanken einer antideutschen Armee. Die dortige Demokratie motiviert ihren Standpunkt, wie es auch anders nicht zu erwarten ist, mit polnischen und nur polnischen Interessen. In der Hauptversammlung des demokratischen Lagers führte der betreffende Referent aus, dass den Polen nur die Neutralität zukommt und unter keiner Bedingung darf eine Politik geduldet werden, die nicht aus der Heimat, sondern von der Emigration diktiert wird. „Uebrigens“, sagte der Referent, „welchen Zweck könnte diese Armee verfolgen? Die etwaige Eroberung der an Polen nicht angeschlossenen Länder? Mit dem Augenblick aber, da Russland, wie es klar und sicher ist, keinen Offensivkrieg mehr führt und an kein Vordrängen mehr denkt, fällt dieses Argument!“ Und dass

es auf diesem Standpunkt steht, das beweist der Redner mit dem Verlauf der Petersburger Ereignisse nach der bekannten Note der Provisorischen Regierung, die die Kriegsziele nicht klar genug erklärte. Der Redner ist der Ansicht, dass diese Verhältnisse gegenwärtig bestimmend sind für die russische Front, die russische Regierung und die russische Ententepolitik. Zwischen diesen Momenten und zwischen der Hoffnung, dass Russland über die Oder gehen wird, gähnt ein solcher Abgrund, dass es unmöglich ist, ihn zuzuschütten. („Dziennik Petrogradzki“, Nr. 1945, vom 18. Mai 1917).

So steht es mit dieser Armeefrage. Hie und da werden natürlich noch Versuche gemacht, um diese Missgeburt zu beleben. Es wird auch unter den in Frankreich lebenden Polen agitiert, ferner werden Hoffnungen gehegt auf die in Amerika lebenden Polen. Es haben sich deutsche Zeitungen gefunden, die es für richtig erachten, jede Pariser Dummheit ihren Lesern als Ernst mitzuteilen, und so lesen wir Meldungen der Pariser „Victoire“ und der dortigen „Polonia“, denen zufolge eine „wirkliche“ polnische Armee geschaffen werden soll, „auch die Polen in Amerika reisen nach Frankreich“ usw. usw. Der Pariser Leser braucht vielleicht diese Nachrichten, um seinen Mut zu stärken, wozu sie aber der deutschen Oeffentlichkeit kritiklos mitgeteilt werden, ist ein Rätsel. Seit beinahe drei Jahren wird eine polnische, gegen die Zentralmächte gerichtete Armee gemacht — wieviel mal wurde sie schon von Herrn Hervé besungen! Sie kommt aber nicht und wird nicht kommen, weil es der gesunde Verstand und politische Instinkt der Polen nicht zulässt.

Diejenigen, die über die politischen Massen verfügen, die Leiter der polnischen Demokratie, beteuern in jeder Nummer ihrer Zeitungen und in einer Unzahl von Versammlungen, die jetzt in Russland an der Tagesordnung sind, dass sie als polnische Patrioten für die erste Pflicht einer moralischen Disciplin erachten, nur e i n e n leitenden Führer anzuerkennen: den Willen des Landes,

und dass dieser Wille bis zum heutigen Tage im Provisorischen Staatsrat in Warschau verkörpert wird. Man muss sich ein wenig in die Lage einleben. Von der ganzen Ententepresse wird der Warschauer Staatsrat als eine Kreatur der „Boches“ verschrien; die grössten polnischen Organisationen in Russland, unter denen sich unzählige Soldaten befinden und die grössten dortigen Zeitungen betrachten dagegen offenkundig denselben Staatsrat als die höchste, jeden Polen bindende moralische Autorität, deren Weisungen jeder disciplinierte Pole sich unterordnen muss . . .

So steht es hinter der Front, inmitten von Millionen Polen, deren Einflüsse nicht nur in Russland, sondern auch in den Ententeländern nicht gering sind, was für die Friedensstimmungen gewiss nicht belanglos ist. Dem Staatsrat unterordnen sich übrigens nicht nur die Demokraten, sondern auch die grösstenteils aus Aristokraten bestehende Realistenpartei.

Mit anderen Worten: aus innen- wie aus aussenpolitischen Gründen wäre die Schwächung der Autorität des Staatsrates ein politischer Fehler und der Fall des Staatsrates — eine Kathastrophe.

Die Rückschläge der russischen Revolution, von denen wir am Anfang sprachen, haben die Polenfrage sehr kompliziert. Russland und die Entente haben nicht aufgehört, dieselbe als einen der Haupttrümpfe zu betrachten. Diejenigen Polen aber, die am meisten obigen Mächten unterstehen, betrachten sich in erster Reihe als Landesbürger, die ihren vaterländischen Behörden Achtung und Gehorsam schulden. Ausser den moralischen Gründen müssen sie dazu aber auch reelle haben, und dies wäre: die Schaffung einer regelrechten Nationalregierung in Polen, damit sie nicht jeder Gegner und jeder Spötter zu einem Scheinbeirat der Zentralmächte stempeln kann. Das liegt im Interesse der Polen, aber jeder Deutsche und jeder Staatsbürger Oesterreich-Ungarns, der sich die Sache überlegt, wird zugeben, dass es nicht nur ein polnisches Interesse ist.

Die Mittelmächte und der polnische Staat.

Warschau, 9. Juni.

Gestern hat eine Sitzung des Einstweiligen Staatsrates unter Vorsitz des Kronmarschalls und unter Teilnahme von dreiundzwanzig Mitgliedern des Staatsrates, beider Regierungskommissare und dreier Kommissarstellvertreter stattgefunden. In dieser Sitzung, die auf Wunsch der Kommissare berufen war, legten Graf v. Lerchenfeld namens der kaiserlich deutschen Regierung und Exzellenz Baron Konopka namens der k. k. österreichisch-ungarischen Regierung eine Erklärung als Antwort auf die vom Einstweiligen Staatsrat am 1. Mai an die Okkupationsmächte gerichtete Denkschrift nieder. Die Erklärung lautet:

1. Der Wunsch nach Einsetzung eines Regenten für den polnischen Staat. der im Beschluss des Staatsrats vom 1. Mai zum Ausdruck kam, entspricht vollkommen den Absichten der Mittelmächte und wird erfüllt werden, sobald die Bedingungen für eine gedeihliche Tätigkeit eines Regenten geschaffen sind.

2. Die Mittelmächte sehen schon gegenwärtig den Einstweiligen Staatsrat als den Vertreter des sich bildenden polnischen Staates an und erwarten, dass der Staatsrat in möglichst kurzer Frist seine vorbereitenden Arbeiten für eine Verfassungs- und Verwaltungsorganisation des Königreichs Polen beende.

3. Die Mittelmächte richten gleichzeitig an den Staatsrat die Aufforderung, besondere Anträge darüber auszuarbeiten und ihnen vorzulegen, in welcher Weise ohne Beeinträchtigung der Stellung, die den Okkupationsmächten nach dem Völkerrecht zukommt, die Uebergabe einzelner Verwaltungszweige an die polnischen Zentralbehörden (Ministerien) erfolgen könnte, und wie die Kosten für diese Verwaltungszweige zu decken wären. Solche Verwaltungszweige sind ausser Rechtspflege und Schulwesen die Angelegenheiten der Konfessionen, Fürsorge für Kunst und Wissenschaft, ferner auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, des Handels und der Land-

wirtschaft mit den Einschränkungen, die aus kriegswirtschaftlichen Rücksichten noch näher bezeichnet werden sollen, Organisation des Gewerbes, Beseitigung der Kriegsschäden und Wiederaufbau des Landes, endlich öffentliche Wohltätigkeit und soziale Fürsorge. Ferner erwarten die Mittelmächte, dass der Staatsrat eine Persönlichkeit vorschlage, welcher bis zum Zeitpunkt der Einsetzung eines Regenten die oberste Leitung der dem polnischen Staat übergebenen Verwaltungszweige zu übertragen wäre. Die genannten Regierungen nehmen an, dass zuvörderst bei der Auswahl des Vorsitzenden im Einstweiligen Staatsrat der Kronmarschall hierfür in Betracht gezogen werde.

Auf mündliche Anfrage des Kronmarschalls über die Teilnahme des Staatsrates und der polnischen Behörden in Sachen der Lebensmittelversorgung, erklärte der deutsche Regierungskommissar: „Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkte, dass die Frage der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und im besonderen die Verteilung der Ueberschüsse und Lebensmittel in das Bereich der Volkswirtschaft gehöre, im Sinne der über den dritten Punkt abgegebenen Erklärung. Entsprechend wird die deutsche Regierung die Anträge des Staatsrates über diese Frage in dem Masse welches bei den gegenwärtigen Ausnahmeverhältnissen möglich ist, berücksichtigen und den behördlichen Organen, welche den Staatsrat bilden, wird sie die Möglichkeit der Mitarbeit bei der Lösung dieser wichtigen Angelegenheit gewähren."

Der österreichisch-ungarische Regierungskommissar gab folgende Erklärung ab: „Der Erklärung des deutschen Regierungskommissars schliesse ich mich völlig an. Sie entspricht den Anschauungen meiner Regierung, dass nämlich der Nation die Möglichkeit gewährt werden muss, in der Frage der Ernährung der Bevölkerung mitzuwirken. Ich bemerke, dass das Generalgouvernement Lublin sich bereits damit beschäftigt, diese Absicht zu verwirklichen." Darauf schloss der Kronmarschall die Sitzung.

Polen, Litauen und Weissruthenien.

Von **W. Feldman**, Berlin.

Die in Berlin erscheinende „Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ veröffentlicht in Nr. 20 folgenden Aufsatz:

In der Hitze des Gefechtes — ohne Vorstudien und sachliche Vorbereitungen — sieht sich der deutsche Leser vor die Lösung eines Komplexes von Nationalitätsfragen gestellt, die die östlichen Grenzen seines Vaterlandes und somit ganz Mitteleuropa, aber auch den ganzen europäischen Osten aufs tiefste berühren. Und da stürmen auf ihn ein Polen, Litauer, Kurländer, Weissruthenen, jeder von ihnen mit historischen Rückblicken, mit Geschichten aus dem 14. und 15. Jahrhundert, mit Bündeln von Akten und statistischen Ausweisen, mit effektvollen ethnographischen Genrebildern, mit Schilderungen und Prophezeiungen seitens Journalisten, die vom Fenster des Eisenbahnwagens hinaus ihre tiefe Blicke in die fremde Volksseele und ferne Zukunft warfen, mit allerlei politischen Kombinationen und Plänen. Ich will mich auf das allernötigste aus der Gegenwart und aus den Gesinnungen meiner engeren politischen Freunde aus Wilno, wo ich mehrere Male gewesen bin, beschränken.

Mehr als 500 Jahre hat Litauen mit Polen zusammengelebt, gemeinsam Freude und Leid getragen, sie haben ihr Blut vermischt und einander in kultureller Hinsicht beeinflusst. Ohne „einen Tropfen litauischen Blutes zu vergiessen, hatte einst das Königreich Polen Litauen sich angegliedert, im Zeichen der Liebe, der ganzen Welt mit einem Beispiel einer Völkerföderation voranleuchtend. Dass Polen dabei keine Polonisierungstendenzen gehegt hat, sehen wir am besten dadurch bewiesen, dass das litauische Volk in seiner nationalen Eigenschaft unberührt geblieben ist. Polonisiert hat sich nur die Oberschicht des litauischen Volkes, dank der höheren polnischen Kultur, ohne einen Schein eines Zwanges seitens der Polen. Wichtig ist es aber zu

beachten, dass die litauischen Bojaren und Adeligen, als sie sich zu polonisieren begannen, kulturell nicht mehr Litauer waren. Das kleine aber tapfere litauische Volk hatte seinerzeit das bedeutend grössere der Weissruthenen unterjocht, ist ihnen aber kulturell unterlegen. Im 15. Jahrhundert hatte die litauische Oberschicht die weissruthenische Sprache angenommen, später wurden diplomatische Akte und das litauische Recht, das jahrhundertelang herrschen sollte, in weissruthenischer Sprache verfasst — die litauische Kultur hat seitens der Polen wenig gelitten. Dagegen bildete sich ein litauischer Imperialismus aus, der — nachdem er einst Weissruthenien mit dem Schwerte unterjocht hat — bis zu dem heutigen Tag auf seine Prätensionen nicht verzichten will. Die zwei Millionen Litauer sollen an der Spitze des ganzen Landes stehen, das auch sechs Millionen Weissruthenen und eine beträchtliche Zahl von kulturell höherstehenden Polen aufweist. Mickiewicz, Kościuszko, deren Namen weissruthenisch klingen, deren Vorfahren sich vor einigen Jahrhunderten polonisiert und durch eine unzählige Reihe von Mischehen polnisches Blut sich angeeignet haben, und die mit allen Fasern ihres Herzens Polen waren, werden für Litauen reklamiert. Kreise und Provinzen in denen ein minimaler Prozentsatz Litauer lebt, sollen einem litauischen Staate angegliedert werden. Geschlechter, deren Ursprung nach mythologischen Quellen litauisch sein soll, werden zur Rückkehr in den Schoss des Litauertums aufgefordert. Was würde man in Deutschland sagen, wenn die Familien Batocki, Podbielski, Posadowsky, Radolinski, Wygodzinski, Sakobielski usw. aufgefordert würden, in den Schoss des Polentums zurückzukehren?

Gegen den litauischen Imperialismus müssen sich die Polen mit aller Bestimmtheit wenden. Doch nicht, um etwa sich in neue Kämpfe einzulassen, sondern um ihre eigenen Rechte und auch diejenigen der Weissruthenen zu verteidigen. Denn worauf es hier ankommt,

das ist eben Weissruthenien. Von Litauern einst geknechtet, an Polen durch die Union gefallen, von den Russen mit der ganzen Begehrlichkeit beansprucht, stehen die Weissruthenen jetzt als Kampfobjekt zwischen einigen Völkern, selber leider in sehr geringem Masse fähig Subjekt zu sein. In ihrer Majorität die Gouvernements Mińsk, Witebsk, Mohilew, in kleinerem Maasstabe auch Wilno und Grodno bewohnend, in ihrer Religion gespalten, auch im Gebrauche des Alphabets nicht einig, stehen die Weissruthenen vor dem Beginn einer neuen Epoche ihrer Geschichte, und um ihre Seele ringen mehrere Völker. Die Polen, die nie weissruthenisches Blut vergossen, dagegen das bischen Kultur, das die deutschen Krieger in jenem Lande finden, geschaffen haben, und die hier vitale wirtschaftliche, politische und kulturelle Interessen vertreten, müssen betreffs Weissrutheniens um einen grossen Gedanken und um wichtige Zukunftsaussichten kämpfen.

Wie stellen sich die faktischen Verhältnisse ziffermässig dar? Eine einwandsfreie und zuverlässige Statistik war ja unter der russischen Herrschaft unmöglich. Es wird manchmal behauptet, dass die Statistik zugunsten der Polen verfasst wurde; das ist heller Unsinn; im Gegenteil, sehr oft pflegte es vorzukommen, dass Polen, um das Recht des Güterankaufes sich zu verschaffen, ihre Herkunft verleugneten. Gegenwärtig werden zum litauischen Gebiete die von den deutschen Truppen besetzten Gouvernements Suwałki, Wilno, Grodno, und ein Teil des Gouvernements Mińsk gerechnet. Was Suwałki anbetrifft, ist dies eine Sache für sich, die Provinz gehört staatsrechtlich zu Polen, und es wird niemand hoffentlich den Fehler begehen, den einst die Russen begangen haben, als sie das Gouvernement Chełm von Polen abtrennten. Jetzt ist es wahrscheinlich temporär aus verwaltungstechnischen Gründen einem anderen administrativen Körper zugeteilt, es bildet aber einen integrierenden Teil des Königreichs Polen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass auch die

legale Vertretung des polnischen Volkes sich dereinst veranlasst sehen wird, die nichtpolnischen Elemente unter gewissen Umständen freizugeben; berücksichtigen wir also auch diesen Landesteil in unserer ethnographischen Zusammenstellung.

Im grossen und ganzen stellt sich die Bevölkerungsverteilung des Gouvernements Suwałki folgendermassen dar:

Kreis	Bevölkerung	Polen	Litauer	Deutsche	Juden	Russen	Prozentual				
							Polen	Litauer	Deutsche	Juden	Russen
Augustowo	90 627	75 611[1])	—	155	11 770	3 082	83,44	—	0.17	12.99	3,40
Suwałki	—	68 751	8 190	5 757	15 838	4 384	66,73	7,95	5,59	15,37	4,26
Sejny	88 819	20 374	52 638	1 687	10 195	3 964	22,94	59,26	1,90	11,41	4,46
Kalwarja	87 418	8 189	66 979	2 393	9 120	663	9.37	76.61	2.74	10,43	0,76
Wołkowyszki	82 030	2 991[2])	56 092	13 579	7 821	1 510	3,64	68,38	16,55	6,54	1.85
Maryampol	117 897	2 255	93 646	6 088	15 372	515	1,91	79.43	5.16	13,84	0,44
Władysław.	80 199	745	66 041	6 640	6 515	196	0,95	82.35	8,29	8,12	0,24
Gouv. Suwałki	650 019	148 924	343 580	36 302	76 571	14 314	27,52	52,86	5,58	11,78	2,21

[1]) Darunter 29 984 sog. Russen-Katholiken.
[2]) „ 8 „

Wir sehen also, dass von einem einheitlichen Gouvernement Suwałki nicht die Rede sein kann. Die Grenze des die polnische Bevölkerung umfassenden Gebietes in diesem Gouvernement geht von Wysztyniec gegen Kalwarja, zieht sich von dort in einer vertieften Krummlinie durch Łozdzieje, dann weiter durch Wiejsieje am Niewem. Das Gebiet umfasst:

Bezirke:	Bevölkerung:	Polen:
Kreis Augustowo	90 627	78 698
Kreis Suwałki (ohne die Gemeinde Marcinek	100 842	68 728
Kreis Sejny (ohne die vier nordöstlichen Gemeinden	68 074	19 720
Stadt Kalwarja (und die zwei Gemeinden des Kreises Kalwarja)	28 878	5 748
Die Gemeinde und der Flecken Wysztynice im Kreise Wolkowyszki	5 119	1 207
Zusammen:	288 040	174 096 (61,5 pCt.)

Was die übrigen Gouvernements anbetrifft, so divergieren die Ziffern sehr wesentlich, und zwar um so mehr, als die gegenwärtigen sich stark von denjenigen vor dem Kriege unterscheiden, was auf die gewaltsame Evakuierung während des russischen Rückzuges zurück-

zuführen ist. Halten wir uns an die Gegenwart. In polnischen Zeitungen lesen wir, dass im zweiten Berichte über die Einrichtung und Fortentwicklung der Verwaltung Wilno für das erste Quartal 1916, der in der „Wilnoer Zeitung" erscheinen sollte, für das Gouvernement Wilno und Grodno folgende Zahlen ermittelt worden sind:

Kreise:	Polen:	Weiss-ruthenen	Litauer:	Juden:
Koschedary	32 406	1 074	33 888	3 955
Malaty	14 895	981	12 498	1 583
Merecz	11 914	139	49 271	6 607
Podbrodzie	33 914	3 183	4 709	4 859
Szyrwinty	42 759	255	11 471	2 767
Wilno Kreis	56 632	559	2 718	2 711
Wilno Stadt	70 629	1 917	3 699	61 245
Zusammen:	268 149	8 074	118 188	83 127

Und nun über das Gouvernement Grodno:

Kreise:	Polen:	Weiss-ruthenen	Litauer:	Juden:
Grodno Stadt	7 609	465	118	15 583
Grodno Kreis	86 245	2 070	1 099	5 398
Planty	12 757	24 718	2	6 695
Lida	11 173	14 500	942	5 859
Radun	44 977	48	4 059	2 002
Wasiliszki	21 315	9 928	820	3 776
Zusammen:	184 076	51 724	6 585	39 808

Nach diesem Berichte sollten in Wilno Ende 1916 74 466 Polen leben, also 53,65 pCt. der Gesamtbevölkerung. So viel die trockenen Ziffern. Hinter ihnen steckt aber ein halbes Jahrtausend Geschichte und fast 150 Jahre russischer Herrschaft, während der Name Litauen und Weissruthenien aus der Geographie verschwunden war. Und nur die Polen hielten diese hoch und verteidigten sie mit ihrem Blut.

Haben doch polnische Märtyrer, wie Szymon Konarski oder die Kämpfer des Jahres 1863 auch für das weissruthenische und litauische Volk gelitten — was auch der „Homan" zugegeben hat. Das gibt doch auch manches Anrecht . . . und schliesslich bedeutet denn Kultur nichts? In polnischen Zeitungen wurde ein Bericht des früheren deutschen Beamten in Wilno, gegenwärtigen Polizeipräsidenten in Hannover, Herrn von

Beckerat, mitgeteilt, der in dem Aussgruch gipfelt, dass im Wilnoer Verwaltungsbezirk die Polen das einzige Volk sind, das über staatenbildende Qualitäten verfügt.

Die Polen sind aber weit davon entfernt, auf ihre historischen und kulturellen Ansprüche gestützt, in diesem Gebiet ein Monopol zu verlangen. Sie sind voll Anerkennung für die schönen Ansätze einer litauischen Kultur, begrüssen auch, dass die deutsche Verwaltung die weissruthenischen Kulturbemühungen eifrig unterstützt, müssen nur bedauern, dass von den 14 periodischen Zeitungen und Zeitschriften in polnischer Sprache, die in Wilno 1912 erscheinen konnten, jetzt nur ein kleines Käseblättchen geblieben ist.

Um ihre nationale und kulturelle Zukunft sind die Polen ruhig. Ihre Superiorität ist so gewiss, dass die neue russische Regierung, bei all ihrem Kokettieren mit den Litauern, zum Gouverneur des von den Deutschen nicht besetzten Teiles des Landes einen Polen ernannt hat. Sie haben Katharina II., Nikolaus I. und seine Verfolgungspolitik, einen Murajew-Henker, einen General Klingsberg, der Kroże mit Knute und Frauenvergewaltigung bekehrt hat, überstanden und werden in dem Lande, das sie nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Pflug und dem Buch erobert haben, bleiben. Besser wäre es aber für sie und für das ganze Land, besonders aber auch für die Befreier Polens und dieses Landes, wenn die gemeinsame Zukunft staatliche Formen annehmen würde, die allen Teilen gerecht wird, was durch ein föderatives System, in Anlehnung an die Zentralmächte und nur an dieselben, geschehen kann.

Die polnisch-litauische Union wird von den Polen als ein Lichtpunkt ihrer Geschichte verehrt. Ihr Grundsatz war: Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen. Ihre Erneuerung auf derselben Grundlage würde für Polen den Zugang zur See bringen, was schon für die preussische Politik eine ungeheure Entlastung wäre. Für das Zweimillionenvolk der Litauer eröffnen sich dabei Perspektiven, die in keiner einzigen anderen Gestaltung

so glänzend sich darbieten dürften. Sollte diese Idee undurchführbar sein, so bleibt noch die Frage Weissruthenien offen. Dieses Land kann nur entweder an Polen oder an Russland angeschlossen werden Sollte es zu Deutschland geschlagen werden, so würde das nicht nur die Frage des Fremdstämmigen, besonders aber der Polen, zu einer brennenden Wunde machen, sondern auch die Ostgrenze Deutschlands gefährden; liegt doch das vitalste Interesse Deutschlands darin, dass es nicht direkt an Russland angrenzt. Für Polen aber handelt es sich nicht nur um den Zusammenhang mit den dort lebenden Volksgenossen, nicht nur um die Wiedergewinnung der heiligen Stätte Wilno, nicht nur um Siedlungsland für den Ueberschuss der einheimischen Bevölkerung, sondern vielmehr um ihre ganze staatliche Zukunft. Die Ansprüche auf Weissruthenien bilden den tiefsten Gegensatz zwischen Polen und Russland; das sogenannte Neurussland ist in dieser Beziehung ebenso imperialistisch, wie das alte. Sollte dieser Gegensatz wegfallen, so wären wir angesichts der Ententephrase von dem erweiterten Polen gegen Westen, angesichts der russischen Lockungen in der Zukunft, fast ohnmächtig.

Selbstverständlich sollen dabei die nationalen Rechte der Weissruthenen gewahrt werden. Für dieses Volk entsteht überhaupt nur im Anschluss an Polen eine Zukunft; leugnen doch die Russen überhaupt seine Existenz als eines besonderen Stammes. Es ist nur zu wiederholen, dass Polen die Heimat der Föderatividee ist und aus seiner letzten Geschichte gelernt hat, dass eine Grenzverteidigung besser mit dem Herzen, wie mit Festungen zu bewerkstelligen ist.

Die Polen für ein litauisches Staatswesen.

Sämtliche polnische Parteien in Warschau haben folgende Erklärung abgegeben:

Die durch die endesunterzeichneten Personen vertretenen Parteien und politischen Richtungen fordern im Namen der Gesellschaft des wiederauferstandenen polnischen Staates die unabhängige staatliche Existenz auch für die Länder des ehemaligen Grossfürstentums Litauen.

Polen wird unerschütterlich zur Erneuerung des Bundes mit dem unabhängigen Litauen streben, in der festen Ueberzeugung, dass die Litauen bewohnenden Völkerschaften: Litauer, Polen und Weissruthenen, in der freiwilligen und einträchtlichen Verbindung beider Staaten die Gewähr der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung aller sozialen Schichten finden werden.

Die Liga der polnischen Staatlichkeit:

Dr. Rafał Radziwiłłowicz, Stanisław Garlicki, Józef Dąbrowski, Karol Stawecki, Dr. Ludwik Zieliński, Zygmunt Chmielewski.

Das Zentrale National-Komitee:

W. Sławek.

Die National-Partei:

Kazimierz Olszewski, J. Wierniewicz, W. Mazurkiewicz, K. Gwiazdowski.

Der Nationale Arbeiter-Verband:

Władysław Malangiewicz.

Die Partei der polnischen Unabhängigkeit:

W. Sieroszewski, S. Śliwiński, Stan. Thugutt, Piotr Górecki, M. Downarowicz, T. Szpotański.

Die Vereinigung der Demokratischen Parteien:

St. Patek, Fr. Paschalski, Bohdan Straszewicz, Eugeniusz Śmiarowski, Z. Gąsiorowski, Wacław Łypacewicz, Michał Sokolnicki.

Die Polnische Volkspartei:

J. Osiecki, T. Nocznicki, A. Graff.

Die Polnische Sozialistische Partei:

Die P. P. S. erklärt sich mit der obigen Erklärung einverstanden. hält es jedoch für notwendig, von ihrer Seite hinzuzufügen, dass das gegenseitige Verhältnis Polens und Litauens durch eine Verständigung der Warschauer und Wilnoer Konstituanten, die auf Grund des gleichen. geheimen, allgemeinen, direkten und proportionalen Wahlrechts zu wählen sind, festgestellt werden soll.

Die Volks-Vereinigung:

Jan Sadlak, Antoni Piątkowski.

Die durch die endesunterzeichneten Personen vertretenen Parteien und politischen Richtungen anerkennen im Namen der polnischen Nation das Recht des ehemaligen Grossfürstentums Litauen auf die unabhängige staatliche Existenz.

Polen verlangt innigst die Stärkung der traditionellen Vereinigung mit dem unabhängigen Grossfürstentum Litauen in der festen Ueberzeugung, dass die das historische Litauen bewohnenden Völkerschaften, in der freiwilligen und einmütigen Verbindung mit der polnischen Nation die Gewähr der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung aller sozialen Schichten finden werden.

Die Partei der realen Politik:

Prälat Z. Chełmicki, L. Tallen-Wilczewski,
F. Zdziechowski, Włodzimierz Karski.

Die Partei der Nationalen Demokratie:

Zbigniew Paderewski, Józef Horczyński,
Maryan Kiniorski.

Die Polnische Fortschrittspartei:

A. de Rosset, H. Barylski.

Die Nationale Vereinigung:

Dr. A. Wyrębowski, Witold Staniszkis.

Die Vereinigung der Wirtschaftlichen Unabhängigkeit:

E. Świda.

Polen — an Russland?

Die russische Revolution und die ihr folgenden Begebnisse haben die Frage des polnischen Staatswesens in ein neues Licht gerückt. Daran ist ja der Scharfblick der Staatsmänner zu erkennen, die den Akt des 5. November 1916 geschaffen und damit die polnische Staatlichkeit anerkannt haben, dass sie eine historische Notwendigkeit vorausgesehen und sich vom Laufe der Geschichte, besonders aber vom Feinde, nicht überrumpeln gelassen haben. Nach der bekannten Erklärung Wilsons und nachdem das ganze polnische Volk seinen Wunsch einheitlich zum Ausdruck gebracht hat, blieb sogar den imperialistischen Kadetten nichts anderes übrig, als das Prinzip der Unabhängigkeit Polens aufzustellen, was übrigens schon vor ihnen der Arbeiter- und Soldatenrat getan hat. Die westlichen Ententemächte beeilten sich, dieser Erklärung beizutreten und nun lassen sich englische und französische Stimmen vernehmen (die erste derartige war Bernhards Shaws) dahingehend, dass sie erst jetzt, nachdem Polen von den Russen freigegeben worden ist, mit ganzem Herzen sich der Freundschaft mit dem russischen Volke hingeben können, ohne das bittere Gefühl zu empfinden, das ihnen bis dahin der Dorn der Polenfrage verursacht hat.

Diese neue Lage Polens auf dem Gebiete der internationalen Politik möchten manche polnischen Politiker ausnützen — kein einziger aber in einer Weise, wie es mehrere deutsche Schriftsteller zu tun belieben.

Es ist ein eigenartiges und für den Beobachter merkwürdiges Schauspiel, das uns gegenwärtig von einem Teil der konservativen Presse und ihren Schleppträgern geboten wird. In der „Kreuz-Zeitung“ vom 23. Mai (Morgen-Ausgabe) schreibt Herr Prof. Hoetzsch:

„Deutschland kann nichts an halbsouveränen und machtlosen Randstaaten vor seiner Ostgrenze liegen, die die politischen, namentlich wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen ihm und Russland ungeheuer erschweren, wie das selbständig werdende Polen, mit

dem sich die Zentralmächte einen grossen Stein auf den Weg auch dieses selbstverständlichen Gebotes gerollt haben, schon heute zeigt. Alle diese Fragen können mit Russland in Verständigung geordnet werden; es gibt kein Kriegsziel heute mehr im Osten, das nicht auf diesem Wege erledigt werden könnte."

Wir kennen den Sinn, wir kennen die Melodie. Herrn Prof. Hoetzsch geht noch die alte gute Zeit im Kopf herum, die Zeit der Verständigung zweier Machtstaaten über den Kopf Polens hinweg, damit nur dieser „halbsouveräne und machtlose" polnische Randstaat nicht bestehe.

Und mit ähnlicher Unbefangenheit des Gemütes schreibt in der „Vossischen Zeitung" (21. Mai) Herr Georg Bernhard, nachdem er zuvor der Sehnsucht der Börse nach grossen Geschäften Ausdruck gegeben hat:

„Das deutsche Reich wird ferner in der Lage sein, auch noch auf anderem Gebiet das Vertrauen zu dokumentieren, das es zur Entwicklung der Verhältnisse Russlands hat. Die beiden Kaiser der Zentralmächte haben den Polen die Freiheit versprochen, dieses Versprechen werden sie halten. Aber als sie es abgaben, bestand noch das absolutistische Regiment des Zaren. Den russischen Polen war unter solchen Umständen nur die Freiheit zu garantieren, wenn man sie aus dem russischen Staatenverbande loslöste und sie zu einem selbständigen Staatswesen formte. Inzwischen ist Russland vom Zarismus befreit worden. Die provisorische Regierung des Reiches hat feierlich den angegliederten Nationalitäten die Freiheit versprochen. Wir sehen deshalb gar keine Veranlassung, heute noch auf der Errichtung eines selbständigen Polenstaates von uns aus zu bestehen. Wir haben das Vertrauen zu Russland, dass es das von seiner provisorischen Regierung den Nationalitäten gegebene Versprechen halten wird. Und wir sehen es unter diesen Umständen als selbstverständlich an, dass die russischen Polen der russischen Völkerfamilie wieder zurückgegeben werden

und die Freiheit ihrer Nationalität vom befreiten Russland erhalten. Nach allem, was wir hören, scheint das den Polen selbst auch das liebste zu sein. Es enthebt sie der Schwierigkeit und der Kämpfe der eigenen Entschliessung, und sie mögen sich dann mit den Russen über die ihnen genehme Eingliederung in den russischen Staat oder Ausgliederung aus diesem auseinandersetzen. Das polnische Problem darf jedenfalls nicht ferner zwischen den Zentralmächten und ihrem russischen Nachbarn stehen."

Es ist einfach rührend, wenn eine grosse deutsche Zeitung den dringenden Wunsch hat, dass „die russischen Polen" „der russischen Völkerfamilie" zurückgegeben werden — speziell, um „die Freiheit ihrer Nationalität vom befreiten Russland erhalten" zu können. Dazu brauchen aber nicht die Voraussetzungen künstlich geschaffen werden. Eine unrichtige Voraussetzung ist es, wenn der Verfasser schreibt, dass sein Wunsch „den Polen selbst auch das liebste zu sein" scheint. Seit Jahr und Tag versichern wir hier auf Grund der genauesten Kenntnisse von Land und Volk, dass die überwältigende, politisch denkende Mehrheit der Polen vom sogenannten Russophilismus frei ist und nur einem Ideal huldigt: demjenigen der Unabhängigkeit des Vaterlandes. Wir möchten dieses Ideal durch den Beitritt des gleichgestellten Polens zu dem Bündnis der Zentralmächte verwirklicht sehen, was sollen aber die Polen denken, wenn sie lesen, dass hervorragende, wenn auch nicht massgebende deutsche Politiker das Polenland „der russischen Völkerfamilie" zurückgeben wollen? Wie können wir von ihnen eine Armee zum Kampfe gegen Russland, wie können wir von ihnen entsprechende Stellungnahme in der Weltpolitik verlangen, wenn ihnen die Perspektive bevorsteht, wiederum an das russische Reich angegliedert zu werden? Die „Polnischen Blätter" sind nicht dazu berufen, deutsche Interessen zu vertreten, wir wollen daher nicht des näheren ausführen, was die Angliederung Polens an Russland bedeuten

würde. Das lässt sich in einen Satz zusammenfassen: Deutschland würde damit die ganze Slavenwelt gegen das Germanentum organisiert haben. Uebrigens soll doch jeder Deutsche die Bedeutung des „polnischen Einfalltores" für Russland schon aus den Erfahrungen des Jahres 1914 erkennen können. Oder sind die „Realpolitiker" Hoetzsch, Bernhard usw. wirklich so harmlos, zu glauben, dass die gegenwärtige russische Revolution den Weltfrieden für alle Ewigkeit sicherstellt?

Entweder — oder. Entweder siegt das „neue", wirklich im Geiste erneute Russland, was nach einer Reihe von Konvulsionen möglich ist. An dieses Russland haben die Herren Hoetzsch, Bernhard etc. am wenigsten gedacht, als sie die famose Idee der Abtretung Polens vorbrachten. Wie denkt denn eigentlich über diesen Gegenstand das radikale Russland? Der Stockholmer Korrespondent des „Lokal Anzeiger" schreibt seinem Blatte (Nr. vom 24. Mai), dass die grosse Masse der russischen Linksradikalen überhaupt gegen das Verbleiben von Fremdvölkern in dem russischen Reich sich ausspricht. „Was gehen uns alle die Völkerschaften an? Die Weissrussen, Litauer, Polen, Letten, Esten gehören nicht zu uns und wir nicht zu ihnen" — sagen diese Radikalen, von ihrem Standpunkte aus ganz folgerichtig und ehrlich. Man kann sich leicht denken, mit welchen Gefühlen diese russische Linke das Angebot der Herren Hoetzsch und Bernhard begrüssen wird. Siegt aber in Russland die Kadettenpartei, so wird sie das Polenland gerne annehmen, doch nur in der Absicht, um es für imperialistische Zweke, also gegen Deutschland auszunutzen. Selbstverständlich wird es von England dabei unterstützt werden. Die Zeitungen vom 29. d. M. brachten eine Meldung aus New York, wonach Balfour dem Präsidenten Wilson klar gemacht hat, dass dessen bekanntes Eintreten für die vollständige Unabhängigkeit Polens ungerechtfertigt sei, — Polen müsse in irgend einer Form an Russland gebunden bleiben. Wilson sollte sich zu dieser Ansicht

bekehrt haben. Balfour, Wilson und deutsche Machtpolitiker als Vorkämpfer Russlands — ist es nicht ein erhabenes Schauspiel?

Die Polen dürfen diesem Schauspiel ruhig zusehen. Es gab schon eine Zeit, wo sie mit Gewalt in die Arme Russlands getrieben wurden. Die Geschichte des 18. und des 19. Jahrhunderts weiss davon vieles zu erzählen. Die Polen kennen diese traurigen Blätter und haben daraus manches gelernt, was heute nicht selten in peinlicher Form hervortritt. Die Herren Bernhard und Hoetzsch, von ihren engen Interessen und Gesichtspunkten gelenkt, hegen den Wunsch, diese Blätter aufzufrischen und mit neuen Mahnworten auszufüllen. Sie sagen nicht: sie wollen den Polen ihr Selbstbestimmungsrecht lassen — ihre staatliche Unabhängigkeit wiedergeben — Deutschlands Interessenlosigkeit Polen gegenüber proklamieren. Das wäre eine weitblickende Politik, die in der ganzen Welt, speziell in Polen, ihren Eindruck nicht verfehlen würde. Dies ist aber von den Herren der Kreuz- und der Vossischen Zeitung nicht zu erwarten. Es gibt eben Leute, denen es noch immer verborgen bleibt, was das Wesen des menschlichen Fortschrittes, den Sinn des gegenwärtigen fürchterlichen Ringens bildet: die Heiligkeit der Rechte einer Nation, die — ebenso wie diejenigen des Individuums — kein Gegenstand der „Abtretung“, des politischen Schachers werden darf. Erblickte einst Kant den Kern der Moral darin, dass ein Mensch für den Andern nicht Mittel, sondern Zweck sein darf, so muss sich diese Ethik, sollen wir nicht in die Zeiten der schlimmsten Barbarei zurücksinken, auch auf Nationen beziehen. In diesem Glauben lebte Polen über ein Jahrhundert und hat seinen Willen zur Unabhängigkeit, obwohl es so oft an Russland gedrängt wurde, nicht aufgegeben. Auch jetzt wird es, trotz manchen frommen Wunsches, an Russland nicht zurückfallen und sein Recht an der Seite der Zentralmächte bewahren — trotz Politikern, die die Zeichen der neuen internationalen Lage und der Zeit so gründlich missverstehen.

den 29. Mai. F. Kreczowski.

Das polnische Parteiwesen.

Warschau, den 2. Juni 1917.

Ueber die Zersplitterung der Polen in eine Unmenge von politischen Parteien wird viel gesprochen und gespottet. Tatsächlich sind wir es, die es am meisten bedauern, andererseits aber müssen wir uns Rechenschaft geben über die Ursache dieser Zustände. Die Hauptursache liegt in unserer bisherigen politischen Verfassung oder eigentlich Rechtlosigkeit. Um unser nationales Leben zu retten, mussten wir ein „unterirdisches" Netz von Organisationen und Verbänden schaffen, die, streng verborgen, im Geheimen ihre Existenz fristend, von einander sehr oft nichts wussten, dagegen — was in solchen Fällen unvermeidlich ist — verschiedenen abstrakten Doktrinen huldigten. Und so kam die Zersplitterung zustande und der ihr anhaftende Doktrinarismus. Abhilfe kann uns nur ein wirklich öffentliches Leben bringen, besonders aber die Heranziehung unserer Parteien und ihrer Leiter zu praktischen Aufgaben. Solange wir eine Politik in abstracto führen, sind in dieser Sphäre verschiedene Möglichkeiten und somit auch verschiedene Programme und Parteigebilde möglich; in der praktischen Arbeit werden aber diese Abstraktionen sich den Realitäten anpassen müssen, verschiedene, mit dem Leben nicht übereinstimmende Gruppierungen werden eine Umgruppierung und Konzentrierung erfahren — und unser politisches Leben wird einen ganz normalen Charakter annehmen.

Auch jetzt ist diese Zersplitterung sehr gross — auf dem Papier. Es bestehen gegen 20 Gruppen und Parteien, deren Benennungen, besonders aber Initialen, nicht tragisch genommen werden sollten. In wichtigen Angelegenheiten verbinden sie sich in einige grosse Parteiblocks wie überall in Europa, und dann stellen sie einen genau umschriebenen, abschätzbaren Wert dar.

Gegenwärtig lässt sich über unser politisches Leben folgendes sagen:

Nach der Proklamierung des Aktes vom 5. November haben die politischen Gruppierungen und Parteien im Königreich Polen zwei grosse Lager gebildet: das sogenannte p a s s i v i s t i s c h e, das über dem Akt des 5. November zur Tagesordnung überging, und das sogenannte a k t i v i s t i s c h e, das den Willen zeigte, auf den Grundlagen dieses Aktes an dem Wiederaufbau des polnischen Staatswesens mitzuarbeiten. Die Sache des Wiederaufbaus des polnischen Staatswesens ging jedoch sehr zögernd vor sich, jedenfalls durchaus nicht im Sinne der linken Hälfte der Aktivisten. Mancherlei Schwierigkeiten, die zum Teil durch die Kriegsnotwendigkeiten veranlasst worden sind, teilweise auch Verordnungen entsprungen waren, für deren Notwendigkeit die Aktivisten keine Erklärung finden konnten, drängten die Linke in die Opposition. Schliesslich hat auch die Revolution in Russland den radikalen Kreisen neue Horizonte geöffnet. Als die Frage der Regentschaft berührt wurde, kam eine starke republikanische Strömung zum Vorschein. Eine neue Umgruppierung der Parteien fand statt, deren Losungen heute: Monarchie oder Republik sind. Die Mitte, das sogenannte Nationale Zentrum, bekennt sich zur Monarchie; die radikale Linke tritt prinzipiell für die Republik ein. Wenn auch die konservativen Elemente der passivistischen Gruppe nicht im Allgemeinen republikanischen Tendenzen huldigen, so haben sich doch die früheren Passivisten der radikalen Linken genähert, oder auch umgekehrt, die Radikalen suchten in der sogenannten Konsolidation der Parteien eine Verständigung mit der Rechten.

Die heutige Gruppierung der Parteien zeigt folgende Konstellation:

Die Rechte bildet im weiteren Sinne dieses Wortes d i e z w i s c h e n p a r t e i l i c h e V e r e i n i g u n g, die hauptsächlich aus den Anhängern der Realistenpartei und der National-Demokratie besteht. Die ersteren stehen auf dem Standpunkt, dass die Proklamation der Zentralmächte, weil sie die Grenzen des unabhängigen

Polens und seine wirtschaftlichen Grundlagen noch nicht festlegt, auch keine genügende Lösung der polnischen Frage bilden kann. Ausserdem stehen sie auch der Bildung der polnischen Armee entgegen; dagegen arbeiten sie in den Departements für Gerichtswesen, Kultus und Unterrichtswesen mit. Die Nationaldemokratie hat sich in ihrem Protest gegen die Proklamation ohne die Vereinigung aller polnischen Länder unter einem Szepter erklärt; ausserdem bekämpft sie auch die Bildung der polnischen Armee.

Ausser dieser beiden Parteibildungen werden noch als weitere Bestandteile der Zwischenparteilichen Vereinigung genannt: die Polnische Fortschrittspartei oder eine Vereinigung verschiedener Intellektuellen, sowie die Łódźer Nationale Vereinigung mit einer Gruppe Geistlicher an der Spitze, und der Verband der Industriellen, der die günstigen industriellen Konjunkturen der Verbindung mit Russland nicht aus dem Auge verliert.

Das Nationale Zentrum bildet heute die Gruppe, die zum Aufbau des polnischen Staatswesens in den jetzt gegebenen Verhältnissen am energischsten drängt. Zu dieser Gruppe gehören: Die Liga der Polnischen Staatlichkeit, die Polnische Demokratie und die Volksvereinigung.

Auf dem Scheidewege zwischen dem Zentrum und der Linken steht die Nationale Arbeitervereinigung, die politisch einen Kontakt mit dem Zentrum, sozial mit der Linken unterhält.

Die dritte Gruppe bildet der Nationalrat, oder die Linke. Zu ihr gehören: die Vereinigung der Demokratischen Parteien mit den Untergruppen: Fortschrittliche Vereinigung, Nationale Radikale und die Gruppe der Nationalen Arbeit; sowie das Zentrale Nationale Komitee (die Anhänger Piłsudski's) mit den Untergruppen: Partei der Nationalen Unabhängigkeit und die Volkspartei.

Eine getrennte soziale Gruppe bilden die Sozialisten;

sie stehen ausserhalb des Nationalrats und zerfallen in die Polnische Sozialistische Partei, die Rechte, die nur von Fall zu Fall mit dem Nationalrat eine Einigung trifft, und die Linke, die mit dem jüdischen Bund in Verbindung steht. Ausserdem besteht noch eine weitere sozialistische Partei: die Sozialdemokratie für das Königreich Polen und Litauen.

Wir sehen also, dass hier ganz wesentliche Unterschiede vorhanden sind; sie werden aber von einem gemeinsamen Ideal zusammengehalten: das ist vom polnischen Staatsgedanken. Wo dieser anfängt, dort hören sämtliche Unterschiede auf. Die divergierenden Reibungen betreffen die Art und Weise der Verwirklichung unseres Hauptzieles, ferner die Grenzfragen. Solange aber wir über diese Angelegenheiten nicht entscheiden, müssen unzählige „prinzipielle" Diskussionen, Umwälzungen, Konsolidierungsversuche usw. einander folgen. Wenn wir vor reale Aufgaben gestellt werden, muss naturgemäss eine straffe Konsolidierung der arbeitslustigen und arbeitsfähigen Kräfte eintreten und das damit verbundene Verantwortungsgefühl wird das Uebrige vollbringen.

P. Warszawski.

Nachschrift.

Ueber die letzten Umgruppierungen wird folgendes gemeldet:

In Warschau fand die Bildung einer neuen Parteigruppe „Nationales Zentrum" statt, der sich die Liga des polnischen Staatswesens, die Nationale Partei, die Demokratische Vereinigung und die Voklsvereinigung angeschlossen. Auf der Gründungsversammlung sprachen u. a. Graf Ronikier, Professor Parczewski und Łempicki. Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, in der sie auf den durch den Akt des 5. November vorgezeichneten Grundlagen an dem weiteren Aufbau des polnischen Staates teilzunehmen erklärt mit folgendem Programm:

1. Konstitutionelle Monarchie auf breiter demokratischer Grundlage. 2. Starke Regierung und starkes Heer als Bürgschaft einer wirklichen Unabhängigkeit. 3. Ununterbrochene Fortführung der Arbeit an der Verwirklichung des polnischen Staates ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges. 4. Bekämpfung der anarchistischen Ideen. In der Parteierklärung heisst es noch: Das Nationale Zentrum wird sich den Versuchen entgegenstellen, die polnische Frage von der realen Grundlage abzutrennen Wir sind der Unterstützung der breiten Masse der Gesellschaft sicher, welche die Notwendigkeit der Ordnung und des Gleichgewichts im Streben nach dem allen gemeinsamen, durch das Blut der Legionen geheiligten Ziele erkennen.

Ferner fand eine mehrtägige Zusammenkunft der Delegierten verschiedener Organisationen des Nationalen Arbeiterverbandes statt. Das Endergebnis der Beratungen bilden wichtige Beschlüsse betreffs der Stellungnahme zu den laufenden politischen Fragen Näheres über diese Beschlüsse bleibt vorläufig unbekannt. Kreise, die dem Nationalen Arbeiterverband nahestehen, berichten, dass derselbe formell im Lager der Linken verbleibt, und zwar aus prinzipiellen Gründen, die auch von den zum Nationalen Zentrum gehörenden Gruppen geteilt werden; es unterliegt aber keinem Zweifel, dass der Nationale Arbeiterverband im Lager der Linken den rechten Flügel bilden wird, verbunden mit dem Zentrum, und den Staatsrat, wie auch dessen Politik unterstützen wird. Die Tagung soll auch die Frage des Verhätnisses des Nationalen Arbeiterverbandes zu der polnischen Militärfürsorge erörtert haben. Es wurde beschlossen, dass die Mitglieder des Nationalen Arbeiterverbandes aus der Polnischen Militärorganisation austreten sollen. Nur drei Delegierte erklärten sich für das Verbleiben in der Polnischen Militärorganisation. Diesen wurde in diesem Punkte freie Hand gelassen. Alle anderen sollen in der nächsten Zeit aus der Polnischen Militärorganisation austreten.

Nach der russischen Revolution.

Kongress der polnischen Demokratie in Moskau.

Am 10. Mai ds. J. fand in Moskau der erste Kongress der polnischen Demokratie statt, auf dem unter anderem folgende Beschlüsse gefasst wurden:

In Sachen des Staatsrats:

1) der Kongress begrüsst mit aufrichtiger Freude die siegreiche, russische Demokratie und wünscht dem russischen Volke, es möge die eroberte Freiheit unangetastet behalten und den Umbau seines staatlichen und wirtschaftlichen Lebens ohne Erschütterungen durchführen.

2) Der Kongress nimmt die Erklärung des russischen Volkes über die Anerkennung der Rechte der polnischen Nation auf Unabhängigkeit und Vereinigung mit Vertrauen zur Kenntnis und achtet sie als einen Akt der Gerechtigkeit, der im Namen des russischen Volkes der polnischen Nation erwiesen worden ist.

3) Der Kongress ist der Ansicht, dass die polnische Emigration in Russland eine selbständige und von der Heimat abgesonderte Politik nicht treiben kann und nicht treiben darf.

4) Der Kongress beschliesst, dass bis zu dem Zeitpunkt, wo das polnische Volk aus freiem Willen andere Organe der staatlichen Gewalt schaffen wird, der Provisorische Staatsrat in Warschau die polnische Regierung ist, die die polnische Regierung leitet

In Sachen der polnischen Armee:

1) Die polnische Armee kann ausschliesslich durch den Willen der polnischen Nation entstehen und unter dem Befehl der polnischen Regierung.

2) Weder die polnische Emigration noch die polnischen Militairs haben das Recht, selbständig, ohne sich mit dem Land zu verständigen, über die Bildung besonderer polnischer Formationen im russischen Heer zu beschliessen.

3) Der Kongress begrüsst mit lebhafter Freude die entstehenden militärischen Verbände der Polen und wünscht ihnen Erfolg in ihrer kulturell-bildenden und nationalen Arbeit.

Die Stellung Lednickis.

Die in Moskau erscheinende polnische Zeitung „Echo Polskie" bringt folgendes Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur vom 10. April alt. St.:

„Die Provisorische Regierung hat bestimmt, dass der Vorsitzende der Liquidationskommission für die Angelegenheiten des Königreichs Polen, Alexander Lednicki, ernannt und abgesetzt werden kann ausschliesslich auf Grund eines Regierungsdekretes an den Regierenden Senat. Der Vorsitzende der Liquidationskommission für die Angelegenheiten des Königreich Polen geniesst im Bereiche seiner Tätigkeit die Rechte, die im § 156 und 157 des Ministerialstatuts den Ministern und den Hauptdirektoren der einzelnen Departements zuerkannt worden sind."

Alexander Lednicki bekleidet also einen Ministerposten und ist überhaupt berufen, in den russisch-polnischen Beziehungen eine führende Rolle zu spielen; der Präsident von Moskau, Astrow, begrüsste in Lednicki den „Schiedsrichter beider Völker". Herr Lednicki besitzt das volle Vertrauen beider, an der russischen Umwälzung beteiligter Gruppen, d. h. sowohl der Fortschrittler, der Kadetten und der Oktobristen wie auch der radikalen Republikaner, die durch Kierenski geführt werden.

NOTIZEN

Politisches.

Ein litauischer Vertrauenerat. Amtlich durch W. T. B. Hauptquartier-Ost, 30. Mai. Der Oberbefehlshaber Ost hat die Bildung eines litauischen Vertrauenerates genehmigt, der aus den angesehensten Männern Litauens bestehen soll.

Verleihung der Geheimen Rats-Würde an den Abgeordneten Ritter von Jaworski. Wie die Neue fr. Presse erfährt, wurde der Führer der Krakauer konservativen Partei, Abgeordneter Dr. Leopold Ritter von Jaworski, zum Geheimen Rat ernannt.

Ritter von Jaworski vertritt im Wiener Reichsklub Jaslo-Gorlice und ist auch Mitglied des Lemberger Landtages. Er war früher Präsident und ist jetzt Präsident-Stellvertreter des polnischen Obersten Nationalkomitees. Dr. von Jaworski ist Professor an der Krakauer Universität

Türkischer Besuch in Warschau. Die Deutsche Warschauer Zeitung berichtet: Am Freitag, den 1. d. M. abends traf eine von der Ostfront kommende Abordnung von 14 türkischen Offizieren, an der Spitze Exzellenz Mehemed Ali Pascha, Kommandeur eines türkischen Armeekorps, in Warschau ein. Am Sonnabend Vormittag besichtigten die Herren die Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Sonnabend Nachmittag 8 Uhr 15 Min. fand vor Exzellenz Mehemed Ali Pascha und vor den Herren der türkischen Offizierabordnung in Gegenwart des Legionskommandeurs Obersten Zieliński und seines Stabes ein Exerzieren einer Kompagnie und des Maschinengewehrzuges des hier liegenden 3. polnischen Infanterieregiments auf dem Hofe der Soleckaserne statt. Die Uebung schloss mit einem Vorbeimarsch. Obwohl die Truppe am Vormittag einen anstrengenden Marsch gemacht hatte und erst um 2 Uhr wieder in die Kaserne eingerückt war, machte sie einen vorzüglichen und frischen Eindruck.

Sonnabend Abend setzten die türkischen Herren ihre Reise fort.

Ein zionistisches Zentralkomitee für Polen. Der Warschauer „Hajnt" vom 4. Juni meldet, dass das zionistische Zentralkomitee für ganz Polen mit dem Sitze in Warschau (Leitung: Farbstein, Portner, Seidemann) die Genehmigung der Behörde erhalten hat. Es wird die etwa hundert in Polen bestehenden zionistischen Vereine vereinigen und eine breitangelegte Agitation zur Gründung neuer Vereine betreiben. — Das zionistische Wahlkomitee ist bereits von der Behörde bestätigt worden.

Für die Gleichberechtigung der Frauen. Der Verband für Gleichberechtigung der polnischen Frauen liess dem Stadverordnetenkollegium den schriftlichen Antrag zugehen, in der in Ausarbeitung begriffenen Wahlordnung für die Stadt Warschau auch den Frauen das passive und das aktive Wahlrecht einzuräumen. Der Antrag wird damit begründet, dass die städtische Wirtschaft als Ausdehnung der Hauswirtschaft, in der die Frauen die leitende Rolle spielen, anzusehen sei. In Fragen der Lebensmittelversorgung, der Prüfung der Lebensmittel auf ihre Qualität, der öffentlichen Gesundheitspflege und Schulfürsorge könnten erfahrene Frauen erspriessliche Dienste

leisten. Der Verband beruft sich auf die Selbstverwaltungen in den Vereinigten Staaten, Australien, England, Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland, wo die soziale Wirtschaft ohne Anteilnahme der Frauen schon jetzt undenkbar sei. Der Verband hat einen gleichen Antrag bereits im Jahre 1904 und dann im Jahre 1907 bei der polnischen Partei in Petersburg gestellt; doch hatten diese Bemühungen bisher keinen Erfolg.

Kultur.

Die Prämien der Krakauer Akademie der Wissenschaften. Die Krakauer Akademie der Wissenschaften hat ihre diesjährige Prämienverteilung in folgender Weise vorgenommen:

1) Die Prämie in Höhe von Kronen 44230,06. aus der Stiftung von Erasmus und Anna Jerzmanowski, wurde dem Rechtsanwalt Antoni Osuchowski in Warschau zuerkannt, als Anerkennung für seine langjährige humanitäre und soziale Tätigkeit.

2) Die Prämie aus der „Mikołaj Rej“-Stiftung, in Höhe von 4100,— Kronen und eine goldene Medaille wurde dem polnischen Schriftsteller Władysław Reymont (dessen Roman „Die polnischen Bauern“ auch in Deutschland weit bekannt geworden ist), als Anerkennung seiner literarischen Tätigkeit zuerkannt.

3) Die Prämie in Höhe von 2160,— Kronen, aus der Stiftung von Probus Barczewski, wurde Professor Tadeusz Sinko in Krakau zuerkannt, als Anerkennung für seine Arbeit „Das Antike bei Wyspiański“

4) Zwei Prämien in gleicher Höhe, je 2160,— Kronen, wurden Professor Jacek Malczewski für sein Bild „Der Eintritt in die Welt“ und dem Maler Jan Rembowski für seinen Cyklus von Porträts von Offizieren und Soldaten der polnischen Legionen zuerkannt.

5) Die Prämie in Höhe von 900,— Kronen, aus der Stiftung von Konstanty Simon, für Arbeiten aus dem Gebiete der Physik und Mathematik in polnischer Sprache, wurde Professor Wacław Sierpiński in Lemberg zuerkannt, als Anerkennung für sein Werk: „Die Theorie der Zahlen“.

Schliesslich bewilligte die Akademie den Betrag von 100000 Kronen für die Notleidenden in Polen.

Deutsche und Polnische Romantik. In der letzten Sitzung der „Berliner Gesellschaft für deutsche Literatur“ unter Vorsitz des Herrn Prof. Max Hermann, sprach über dies Thema der Literarhistoriker Dr. Albert Malte Wagner, der in der letzten Zeit durch seine in der „Deutschen Warschauer Zeitung“ veröffentlichten Aufsätze bekannt geworden ist.

Der Prelegent schilderte eingehend die grosse polnische Dichtergruppe Mickiewicz — Słowacki — Krasiński und stellte den Entwicklungsgang der romantischen Literatur von ihnen, einschliesslich

Wyspiański, dar. Die Ausführungen des Herrn Dr. Wagner ergänzte der Herausgeber der „Polnischen Blätter“ als Fachmann auf dem Gebiete der polnischen Literaturgeschichte.

Der Gegenstand erregte unter den zahlreich versammelten Mitgliedern der Gesellschaft für deutsche Literatur ein lebhaftes Interesse und es ist zu erwarten, dass dies Interesse sich mit der Zeit steigern wird.

Ein polnischer Abend in Göttingen. In der alten Universitätsstadt Göttingen fand am 20. Mai zum Besten des Vereins für Mutter- und Säuglingspflege ein polnischer Abend, als letzter in der Reihe der von Frau Prof. Lehmann veranstalteten Abende zur Einführung in das Kultur- und Seelenleben der nun Deutschland] nahestehenden Völker (Finnland, Vlamland) statt.

Den Einleitungsvortrag hielt der aus Berlin eingeladene Herausgeber der „Polnischen Blätter“, W. Feldman, der, dem Charakter des Abends gemäss, die Hauptzüge der polnischen Dichtkunst des 19. Jahrhunderts auf Grundlage des polnischen Kulturlebens schilderte. Erläutert wurde diese Einführung durch eine Reihe von Dichtungen von Mickiewicz, Anczyc („Tyrtaeus“), Ujejski, Wyspiański, die Frau Margit Helberg mit tiefem Nachempfinden vorgetragen hat; besonders die Heldendichtung von Anczyc und das „Polnische Gebet“ von Wyspiański haben grossen Eindruck gemacht. Die unsterblichen Kompositionen von Chopin, von Maria Fitschen und Frl. E. Horchler dargeboten, bereiteten dem Publikum einen wahrlich künstlerischen Genuss. Die neuere polnische Kunst repräsentierte eine Liederreihe von Paderewski und Różycki in der Interpretation von Frl. Horchler

Die zahlreich versammelte Intelligenz der ehrwürdigen Universitätsstadt Göttingen bezeugte der ihr bis dahin fremden polnischen Kulturwelt tiefe Sympathie; dies moralische Ergebnis, wie auch der pekuniäre Erfolg des wohltätigen Zweckes ist in erster Reihe der edelgesinnten und energischen Initiative von Frau Prof. Lehmann zu verdanken.

Der Tod des Dr. Josef Rosenblatt. In Baden bei Wien starb im 64. Jahre seines Lebens Dr. Josef Rosenblatt, ausserordentlicher Professor des Strafrechts und der Strafrechtsordnung an der Jagiellonischen Universität. In dem Verblichenen verliert das juristische Polen einen sehr hervorragenden Mitarbeiter. Prof. Dr. Rosenblatt übte zahlreiche Würden aus und war Mitglied einer ganzen Reihe wissenschaftlicher Gesellschaften. Unter anderem war er Vicepräsident der Krakauer Advokatenkammer, Mitglied der staatlichen Examenskommission, Mitglied der juristischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und Mitglied der Internationalen strafrechtlichen Kommission in Brüssel. Auch an den Arbeiten zur Reform des österreichischen Strafrechts nahm er hervorragenden Anteil.

Verwaltung.

Eröffnung des Kurses zur Ausbildung polnischer Medizinalbeamter. Am 1. Juni d. J. wurde im physiologischen Laboratorium der Warschauer Universität der Lehrgang zur Ausbildung polnischer Medizinalbeamter eröffnet. An der Feier nahmen teil die Mitglieder des Provisorischen Staatsrates, Vizemarschall Mikułowski-Pomorski, Łempicki, Dr. Jankowski und Dr. Chodźko, ferner die Vertreter der Okkupationsbehörden, der Universitätsrektor, der zweite Bürgermeister von Warschau und die Abgeordneten verschiedener polnischer medizinischer Gesellschaften.

Der Leiter der Medizinalverwaltung beim Verwaltungschef des Generalgouvernements Warschau. Medizinalrat Dr. Frey, begrüsste die Teilnehmer mit einer längeren Ansprache, in der er die Gründe, die zur Veranstaltung der Kurse geführt hatten, sowie die in diesen anzustrebenden Ziele darlegte. Am Schluss seiner Ausführungen sagte der Redner, dass die polnische Aerzteschaft in Zukunft berufen sei, an der Gesundung ihres Vaterlandes selbst zu arbeiten, nachdem ihre Kräfte infolge des jahrhundertelangen politischen Druckes sich nicht entfalten konnten. Zwar sei von den Okkupationsbehörden auf dem Gebiete des Gesundheitswesens eine gewisse Grundlage geschaffen, doch bleibe noch genug zu tun übrig. Besonders werde der Hygiene des flachen Landes die polnische Aerztewelt ihre Liebe und Sorgfalt noch zuwenden müssen. Hier liege für sie auf Jahrzehnte ein günstiges Arbeitsfeld und eine dankbare Aufgabe. Mit herzlichen Wünschen der deutschen und österreichisch-ungarischen Medizinalverwaltung für die werdende polnische Medizinalbeamtenschaft schloss der Redner.

Wirtschaftliches.

Die Ernteaussichten in Polen. Der Direktor des Departements des Innern im Staatsrat, Łempicki, hat einem Mitarbeiter der Zeitung „Godzina Polski" erklärt, dass die Ernteaussichten im Königreich Polen noch nicht geklärt sind. Wegen Fehlens von Dungstoffen, Geräten, guter Samen, ausreichender Bodenbearbeitung, der späten Aussaat usw. scheint es, dass das diesjährige Ernteergebnis im Vergleich zum vorjährigen, ungünstiger ausfallen wird; es ist daher erforderlich, die grösste Sparsamkeit im Verbrauch der hauptsächlichsten Nahrungsprodukte zu bewahren.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2. Grolmanstr 42.

Die „IK“ vermittelt auch Originalbeiträge ihrer Mitarbeiter, die durch die Korrespondenz selbst nicht verbreitet werden.

Die „IK“ ist die beste Informationsquelle, über die internationale Politik der Arbeiterbewegung.

Die „IK“ kann dank ihrer guten Verbindungen rasch und zuverlässig über ihre Spezialgebiete berichten, da sie die anerkannte Brücke zwischen den grossen Arbeiterorganisationen und der grossen Presse darstellt. Ihre Nachrichten sind noch nie dementiert worden. So war die IK bisher die zuverlässigste Quelle für Nachrichten über die russische Revolution.

Die „IK“ wird schon von fast 300 der grössten Zeitungen Deutschlands — die zusammen eine Auflage von über 5 Millionen Exemplaren haben — gehalten. Nur solche Redaktionen halten sie nicht, die sich über ihren Inhalt noch nicht informieren konnten. Die „IK“ ist ebenso unentbehrlich für Politiker, politische Bureaus usw.

Die „IK“ pflegt auch allgemeine Politik, Wirtschaft, Statistik, Frauenbewegung, Soziales, Unterhaltung usw.

Die „IK“ gibt eine gedruckte Beilage wöchentlich zweimal heraus, die in der Hauptsache Dokumente über die Arbeiterbewegung des Auslandes enthält. Diese Beilage wird auch gesondert abgegeben und zur Zeit von mehreren Tausend Funktionären und Vertrauensleuten der Arbeiterbewegung gelesen. Dadurch hat die „IK“ weitgehendste Verbindung und Einfluss.

Die „IK“ wird mit vollem Nachdrucksrecht an neue Interessenten 14 Tage völlig kostenfrei gesandt. Der Bezugspreis ist äusserst gering und richtet sich je nach der Grösse der betreffenden Blätter.

Wir laden Sie in ihrem eigenen Interesse ein, einen Versuch mit unserer Korrespondenz zu machen, die infolge ihrer Eigenart keine Konkurrenz irgendeines anderen Unternehmens darstellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A. BAUMEISTER

Herausgeber der Internationalen Korrespondenz (IK).